

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

### Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr.  
Verlags-Anzeigen werden mit 30 % für die dreiteilige Weltzelle oder deren Raum berechnet

### Die Revolution.

Hamburg, den 11. November.

In der letzten Woche ist der Weltkrieg, der ja zuletzt nur noch ein Krieg der Ententemächte gegen Deutschland war, endgültig zusammengeschrumpft. Unter seinen Trümmern liegt nun neben dem russischen Imperialismus, dem russischen Zar, und der Sadowitzer Monarchie auch der deutsche Imperialismus mit dem deutschen Feudalismus, dem deutschen Kleinrententum und der deutschen Kaisermacht begraben. Die Revolution, die sich in den letzten Wochen in parlamentarischen Formen innerhalb der Mauern des Reichstags abspielte, ist auf die Straße gestiegen und im Sturmschritt durch alle deutschen Lande gezogen. Soldaten und Matrosen, die die Herrschenden einst als Stützen des Feudalismus und der Reaktion ansahen, sind aufgestanden und haben sich gemeinsam mit den Arbeitern gegen die wirklichen Stützen der noch bestehenden Reste des Feudalismus und der Reaktion gewandt.

Diese Stützen bestanden vor allem in der alten Militär-autokratie. In jener Militärautokratie, die sich all die Jahre hindurch so göttlich und so sicher fühlte, daß sie auf alle Wünsche und Befehle des Volkes und seiner Vertreter pfiff, die immer Wölfe versprach, um das Volk zu beruhigen, und die immer alles beim alten ließ, um nur ja nichts von ihrer Macht einzubüßen. In jener Militär-autokratie, die auch nach den parlamentarischen Umwälzungen die Zeit noch nicht verstand, und die immer noch die Zeit für sich nicht abgemessen gar nichts an. In jener Militärautokratie, die selbst nach der Unterwerfung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt noch eigenmächtig Verordnungen ausließ und Zusammenkünfte verbot, die das Volk terrorisierte, bis seine Erbitterung zur Siegesstunde stieg. In jener Militärautokratie schließlich, die verbunden mit dem verabschiedeten Weltfrieden, selbst dann noch mit dem Gedanken der Kriegsförderung spielte, als Deutschland von Not und Hunger zermürbt, allein gegen eine ganze Welt von Feinden stand. Niemand, oder doch so gut wie niemand, hat sich gefunden, der diese Militärautokratie in ihrer Schicksalsstunde verteidigt hätte. Sie hat während des Krieges so abgewirtschaftet und sich beim überwindenden Teil unseres Volkes, Militär wie Zivil, so verabschiedet, daß sie unter den Trümmern der Arbeiter- und Soldaten-tatillon ruhmlos verfaul.

In den Händen einer herrsch- und unterdrückungs-süchtigen Herrenklasse war die gestürzte Militärautokratie eine Gefahr für das Volk. Dadurch, daß die Arbeiter und Soldaten die letzten Reste der alten Militärherrschaft und gleichzeitig das deutsche Kaiser- und Kleinrententum be-seitigt haben, haben sie der demokratischen und sozialen Weiterentwicklung endgültig eine freie Bahn gebahnt. Was ist der tiefere Sinn der Vorgänge, die wir in der ver-gangenen Woche erlebten.

### Wie es kam.

Wie die Dinge gekommen sind, dies im einzelnen fest-zustellen, ist jetzt nicht die Zeit. Nur in großen Umrissen sei der Gang der Dinge hier festgehalten.

Der Anstoß zu der revolutionären Erhebung der Sol-daten und Matrosen ging von Kiel aus. Dort hatten sich Matrosen gemeldet, Dienst zu tun, angeblich, weil sie glaubten, zu einem gegen die Feinde gerichteten Vorstoß gegen England mitzubekommen zu werden. Als sie beschuldigt wurden, wollten ihre Kameraden am 2. November im Hierer Gemeinderatshaus gegen Stellung nehmen und gleich-zeitig über einige andere Fragen, wie bessere Besoldungs-besseres Essen um, sprechen. Die Versammlung wurde von den Marinestützpunkten verboten. Die Matrosen veranstalteten darauf an demselben Tage eine Demonstration, zu der sie auch die Arbeiter durch Handzettel einluden. Als Antwort ließen die Marinestützpunkte Alarm schlagen, der die Matrosen wegen Verstoßes auf ihre Schiffe und in ihre Quartiere zurückzu-kommen. Die Matrosen folgten aber nicht, sondern demon-strierten weiter.

Am Abend des 2. November kam es zu blutigen Zusam-menstößen, wobei acht Menschen getötet und etwa 30 ver-letzt wurden. Da die Matrosen auch am andern Tage ihre

drohende Haltung fortsetzten, so entschloß sich der Gouver-neur, nunmehr mit den Matrosen über ihre Forderungen zu verhandeln. Eine Verammlung von Matrosen-Abordnungen stellte eine Reihe von Forderungen auf, wie: Anerkennung des inoffiziellen gebildeten Soldatenrates, bessere Behandlung der Mannschaften, Befreiung von der Grundpflicht, Gleich-heit der Offiziere und Mannschaften in der Verpflegung, Aufhebung der Offizierskassen, Freigabe der wegen Gehor-samsverweigerung verhafteten Personen, die sich zuerst in den Arrestzellen befinden und Straffreiheit der zuerst auf die Schiffe zurückgekehrten Mannschaften. Der Gouverneur sagte die Erfüllung dieser Forderungen zu. Im Laufe des Tages schlossen sich immer mehr Matrosen der Bewegung an, darunter auch die ganze Garnison Wil. Es bildete sich ein Zug von vielen Tausenden von Matrosen mit Arbeitern, die die Befangenen befreiten. Gegen Abend kam eine Re-gierungsdeputation aus Berlin, die die Wünsche der Ma-trosen in Empfang nahm und ihre Erfüllung zum Teil zu-sagte. Bald war ganz Kiel mit allen Kriegsschiffen in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates. Auf den Schiffen wurde die rote Flagge gehißt. Die Arbeit ruhte zum guten Teil. Reichstagsabgeordneter Klose wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Hauptkommandanten von Kiel ernannt.

Nunmehr dehnte sich der Aufstand mit großer Schnellig-keit auf Hamburg und ganz Schleswig-Holstein aus. Immer-herb erschienen Matrosen, um die Bewegung zu unterstützen oder sie erst in die Wege zu leiten. Überall bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die die öffentliche Gewalt in ihre Hand nahmen oder sie mit den bestehenden Behörden teilten. Meist ging es dabei ohne Blutvergießen ab; nur in einzelnen Orten, darunter in Hamburg, kam es zu kurzen Straßenkämpfen, wobei es einige Tote gab. In Hamburg hatten zunächst die Unabgängigen und die Links-radikalen die Führung der Bewegung in die Hand genommen, und es ging dabei etwas hart dikatorisch her. Nach einigen Tagen hatten aber auch die sozialdemo-kratistische Partei und die Gewerkschaften auf die Bewegung Einfluß erlangt, die nun rasch in geregelte Bahnen kam. In den meisten anderen Orten hatten Partei und Gewerkschaften von vornherein die Führung gemeinsam mit Soldaten und Matrosen in die Hand genommen.

In der zweiten Hälfte der Woche dehnte sich die revo-lutionäre Bewegung rasch auf das ganze übrige Deutsch-land aus. In München wurde am 7. November im An-schluß an eine Massenversammlung die bayerische Re-publik ausgerufen und in der Nacht darauf ein Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern gebildet. Der Rat machte bekannt, daß er unterwürdig eine vom Vertrauen der Volksmassen getragene Regierung einsehen und so rasch als möglich eine konstituierende Nationalversammlung ein-berufen werde. Die revolutionäre Regierung wurde auch alsbald aus Führern der Sozialdemokraten beider Rich-tungen und einigen Bürgerlichen gebildet.

Das Beispiel von Bayern übte seine Wirkung alsbald auf das übrige Reich. In Braunschweig dankte der junge Herzog schon andern Tages in die Hände des Ar-beiter- und Soldatenrats ab, der gleich die braunschweigische Republik ausrief. In den nächsten Tagen wurden mehrere andere Landesfürsten, darunter die Könige von Württem-berg und Sachsen sowie die Großherzöge von Hessen und Sachsen-Weimar abgesetzt und ihre Länder als Republiken erklärt. In der Regierung der jungen Republik über-nahmen die Sozialdemokraten alle Ministerposten. In Sachsen wurde die erste Kammer abgesetzt und die zweite Kammer aufgelöst. Es soll sofort eine Na-tionalversammlung einberufen werden, für die auch die Frauen des Stimmrecht erlangen. Aus dem Rest der deutschen Bundesstaaten liegt, abgesehen von Preußen, zurzeit über die Abhandlung der Fürsten noch keine Nachricht vor. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß von ihnen allen kein einziger mehr übrig bleibt.

Dramatisch hat sich die Situation mit der Abhandlung des Kaisers und Königs von Preußen entwickelt. Seit Wochen schon ist die Abhandlung mit immer größerer Bedenklichkeit gefordert worden. Die sozialdemokratische „Reinliche Tagespost“ in Nürnberg gab dafür zuerst öffentlich die Parole aus. Sie schlossen sich andere sozial-demokratische Blätter, unter ihnen besonders scharf die Wuppertaler „Volkstimme“ und die Preussener „Volkswacht“ an. Während die „Reinliche Tagespost“ wegen ihrer republikanischen Forderungen gänzlich unbefähigt

blieb, wurden einige andere sozialdemokratische Blätter auf kurze Zeit unterdrückt. Das hätte aber nichts; bald wurde die Forderung von Abhandlung des Kaisers von allen sozialdemokratischen Tagesblättern und von einem großen Teil der bürgerlichen Presse erhoben. Auch in Veramun-ungen, sozialdemokratischen und bürgerlichen, wurde stür-misch die Abhandlung des Kaisers verlangt.

Wir hatten angenommen, der Kaiser werde, nachdem er vom Parlament seiner früheren Macht entleert war, im geistigen Augenblick selber abdanken. Es scheint aber, als habe er bis zum letzten Hoffnungen auf die Militär-macht gefügt. Erst als ihm die sozialdemokratische Partei ein Ultimatum stellte und die tatsächliche Macht im größten Teil des Reiches von der Militärautokratie und der Zwi-gezwalt auf die Arbeiter- und Soldatenräte übergegangen war, als auch in Berlin der Generalstreik ausbrach und die als zuverlässig angesehenen Truppen zum Volk über-gingen, erst dann dankten der Kaiser und der Kronprinz ab. Inzwischen war es aber für diesen Schritt zu spät worden. Die Regierung, deren bürgerliche Mitglieder den Kaiser zu lange gehalten hatten, wurde selber von den Wellen der Revolution verschluckt. Der ihnen Unterzogen hat sie die Bildung der neuen Regierung dem Genossen G e b e r t, dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei, übertragen. Er hat inzwischen als Reichskanzler aus den Genossen S c h e i d e m a n n, D i t t m a n n, L a n d s-b e r g und W a r t h ein engeres Kabinett zusammenge-stellt, dem die Fachminister als technische Geiseln unter-stellt werden sollen.

Die Schwierigkeiten, die die neue Regierung zu über-winden hat, sind ungeheuer. Es gilt, das deutsche Volk vor der Anarchie zu bewahren und es aus dem Elend des Krieges in eine friedliche und glückliche Zukunft zu führen. Wir hoffen, daß dies den neuen Männern gelingen wird.

### Einigkeit.

In diesen Tagen, da das Alte wie morscher Junder flücht und Neues überall gewaltig zum Werden drängt, hat es sich gezeigt, daß der tiefe Miß, der in den letzten Jahren durch die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands ging, nicht in grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Ziele unserer proletarischen Bewegung begründet war. Man war sich nicht einig über den Weg zum Ziel; aber als die Verhältnisse reif waren, und es zum endgültigen Sturm auf die Reste der Reaktion und an den ersten Schritt zur Verwirklichung des Zieles selber ging, da fanden sich in einem großen Teil Deutschlands wieder alle Gruppen der proletarischen Bewegung als Brüder zusammen. Die bayerischen Sozialisten gingen mit gutem Beispiel voran, und ihr Beispiel wirkte und gänzte im ganzen Reich.

Wir, die wir hier mit Rücksicht auf die kommenden Kämpfe stets lebhaft den Gedanken der Einheit der sozia-listischen Bewegung vertreten haben, freuen uns dieser Entwicklung ganz besonders. Die Einheit der proletarischen Bewegung scheint uns die beste Bürgschaft für die Erhal-tung und den Ausbau des Erregenen zu sein. Denn so rasch auch die freiheitliche Bewegung mit Hilfe der Matrosen und Soldaten zum ersten Ziele führte, so wenig sicher ist es, daß sich die Reaktionen des alten Systems, daß sich die Reaktionäre und die Machthaber von gestern endgültig mit ihrem Schicksal abfinden werden. Zum raschen Siege der Revolution haben verschiedene Umstände beigetragen, die nicht dauernd wirksam bleiben. Um so nötiger ist es, daß die Arbeiter einig und zusammenstehen und nicht ihre Kräfte im Bruderkampf nutzlos zerstreuen.

Die bisherige Revolution war vorwiegend passivster Art. Sie war verhältnismäßig leicht; denn es galt nur den Rest der Schranken niederzureißen, die dem politischen und sozialen Fortschritt noch im Wege standen. Viel schwieriger ist, was die Arbeiterpartei und das deutsche Volk in Zukunft zu leisten haben. Der Neuaufbau unserer Wirtschaft, die Sozialisierung der Volkswirtschaft ist unser Ziel. Wägen daran alle freiwillig gesinnten Volksträfte mitarbeiten!

### Aufruf des Reichskanzlers.

Reichskanzler G e b e r t hat folgenden Aufruf erlassen:  
An die deutschen Bürger!  
Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des





